

KSPD  
KONFERENZ DER STÄDTISCHEN  
POLIZEIDIREKTORINNEN UND POLIZEIDIREKTOREN

---

**Medienmitteilung vom 22. April 2005**

**Schengen und die Folgen für die Städte**

**Kriminalität kennt keine Grenzen und lässt sich ohne internationale Zusammenarbeit kaum bekämpfen. Das wird besonders im städtischen Umfeld spürbar. Tritt die Schweiz dem Schengener Übereinkommen nicht bei, läuft sie Gefahr, als „Europäisches Fahndungsloch“ zur attraktiven Zufluchtsstätte für all jene zu werden, die sich dem Schengener Informationssystem SIS zu entziehen suchen. Die Konferenz der Städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren KSPD tritt deshalb klar für einen Beitritt zu den Verträgen von Schengen und Dublin ein.**

Das Thema Schengen beschäftigte die Konferenz Städtischer Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren der Schweiz (KSPD) an ihrer Generalversammlung vom 21./22. April in Lausanne. Die städtischen Ballungsgebiete leiden besonders stark unter den Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität wie organisiertem Drogen- oder Menschenhandel, „Milieukriminalität“ oder bandenmässig verübten Einbruchdiebstählen. Mit einem Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin könnten gerade auch diese spezifisch städtischen Formen der Kriminalität wirkungsvoller, nachhaltiger und rascher bekämpft werden. Die städtischen Polizeien könnten dank dem systematischen Zugriff auf eine Vielzahl der heute verfügbaren Informationen ihre Ressourcen noch gezielter einsetzen. Davon wiederum profitiert die Bevölkerung in den Städten.

Die Diplomatin des Integrationsbüros EDA/EVD, Andrea Rauber, und der stellvertretende Leiter der Sicherheitspolizei der Kantonspolizei Neuenburg, Frédéric Hainard, machten in ihren Referaten deutlich: Eine verstärkte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz ist in Zukunft zentral. Herausragende Bedeutung kommt dabei dem elektronischen Schengener Informationssystem SIS zu. SIS gilt als das Herzstück des Schengener Abkommens und wird als „Quantensprung in der europäischen Fahndungszusammenarbeit“ bezeichnet. Es erlaubt mit über 11 Millionen Datensätzen einen umfassenden und raschen Zugriff auf eine Informationsmenge, wie sie den städtischen Polizeien für ihre Aufgabe heute nicht zur Verfügung steht.

Der Zugriff auf SIS ermöglicht eine gezielte Fahndung nach ausgeschriebenen und vermissten Personen, eine systematische Suche nach Gegenständen und Dokumenten wie gestohlenen Fahrzeugen oder gefälschten Identitätspapieren. Die bereits heute bestehenden polizeilichen Zusammenarbeitsverträge der Schweiz mit ihren Nachbarstaaten blieben durch Schengen unberührt. SIS ist dem nationalen Polizei-Informationssystem Ripol und dem internationalen System Interpol weit überlegen. Grenzkontrollen bleiben weiter möglich, das Grenzwachkorps wird nicht verkleinert. Der Zugriff auf SIS wird dadurch in Zukunft umso stärker ausschlaggebend sein für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung und sichere Städte.

Die KSPD geht als Organisation des Schweizerischen Städteverbandes in Übereinstimmung mit dem Schweizerischen Polizeibeamtenverband und der KKJPD davon aus, dass die Abkommen von Schengen und Dublin einen gewichtigen Beitrag zur Sicherheit in den Schweizer Städten leisten und ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität darstellen.

Weitere Auskünfte erteilt:

Stadträtin Esther Maurer, Präsidentin KSPD, oder Stadträtin Doris Cohen-Dumani, erreichbar über Christina Fehr, Sekretärin KSPD, Natel 076 / 375 36 34